



Sendung vom 27.11.2002, 20.15 Uhr

Dr. Reinhard Dörfler  
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer von München und  
Oberbayern  
im Gespräch mit Rigobert Kaiser

- Kaiser:** Herzlich willkommen zum Alpha-Forum. München ist das wirtschaftliche Zentrum in Bayern, aber es sind ein paar dunkle Wolken aufgezogen. Bei uns im Studio begrüße ich Reinhard Dörfler, den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Ich habe es gerade schon angedeutet, es gibt ein paar dunkle Wolken am Boom-Platz München, die Stichworte dazu lauten Medienkrise und Krise im Flugzeugbau. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage?
- Dörfler:** Die Erfolgsfaktoren von München in den letzten Jahren waren: sehr starke Gründungsaktivitäten gerade im Bereich der Informationswirtschaft und insgesamt in der IT-Branche oder im Bereich der Biotechnologie und auch in den Medien. Wir haben ja vor ein paar Jahren auch eine Medienstudie erhoben – das machen wir regelmäßig zusammen mit der Stadt München – , die ausgewiesen hat, dass wir gerade in diesem Bereich sehr viele junge Unternehmen hatten. Dies alles wirkt jetzt natürlich in gewisser Weise ins Gegenteil, weil wir gerade in diesem Bereich Probleme haben. Ich nenne nur mal die Stichwörter "Kirch" oder mittlerweile auch die Finanzierungsprobleme im Bereich der Biotechnologie. Das alles wirkt natürlich wie ein Schatten auf diesen Standort und führt dazu, dass wir momentan z. B. bei der Arbeitslosigkeit oder bei der Steigerung der Insolvenzrate schon relativ schlecht aussehen. Aber, und das beantwortet dann auch zum z. T. Ihre Frage: Ich glaube, dass dieser Standort nach wie vor einen sehr guten Branchenmix hat, einen Mix aus sehr innovativen Unternehmen und sehr tradierten Unternehmen, aus großen und kleinen Unternehmen aus vielen, vielen Branchen. Deswegen bin ich der Ansicht, dass dieser Standort auch werthaltig bleiben wird. Wir erleben halt jetzt eine Delle, wie wir sie in dieser Ausprägung wahrscheinlich noch nicht erlebt haben, die es aber im Prinzip immer wieder mal gegeben hat.
- Kaiser:** Das heißt aber auch, dass Sie davon ausgehen, dass München einer der großen Medienstandorte, wenn nicht sogar der Medienstandort Nummer Eins in Deutschland bleiben wird.
- Dörfler:** Unsere letzten Studie, die wir 1998/99 herausgegeben haben – wir wollen diese Studie nächstes Jahr, und damit ganz bewusst ein Jahr später als geplant, wiederholen, damit wir eben auch die Auswirkungen der Kirch-Pleite bereits genauer erfassen können – hat ergeben, dass München auf Platz Eins in der Republik lag. Wir erleben natürlich momentan schon auch gewisse Verschiebungen in der Szene: Hamburg verliert, Köln gewinnt leicht dazu, Berlin wird dazugewinnen, weil es als Bundeshauptstadt ganz einfach im Mittelpunkt des Interesses steht. Ich hoffe sehr, dass München seinen Rang halten kann und sich zumindest unter den ersten Zwei in der Republik halten wird. Momentan schaut das freilich z. T. nicht so gut aus, das ist klar, weil eben Aufträge wegbrechen, weil die Werbebranche zurzeit

Schwierigkeiten hat, denn es gibt ja auch sehr viele kreative Betriebe, die in diesem Bereich arbeiten. Wenn diese Delle jedoch vorbei ist, dann denke ich schon, dass es auch wieder einen Aufschwung geben wird.

**Kaiser:** Man konzentriert sich heute in dem Bereich ja sehr stark auf Leo Kirch und seine Firmengruppe, aber es ist ja nicht nur sie alleine betroffen. Es gibt nämlich auch noch viele Produktionsfirmen außen herum um sie: Da sind Regisseure betroffen ebenso wie Kamerateams, Schauspieler usw. Das ist schon ein recht breiter Bereich, der sich hier um Kirch herum gruppiert hatte. Wie sieht es da eigentlich aus?

**Dörfler:** Es dreht sich in der Tat nicht nur alles um die Kirch-Gruppe. Da gibt es z. B. auch noch die Bavaria-Film, die nach wie vor ein sehr werthaltiges Geschäft betreibt und eine gute Auftragslage hat. Es sind also neben Kirch noch viele Firmen mehr, die hier in München den Medienstandort ausmachen. München ist z. B. auch ein starker Print-Standort, wie ja überhaupt in diesem Bereich über 40 Prozent von den Printmedien bestimmt werden. München ist auch die Stadt der Verlage, auch das gehört mit dazu. München ist nach New York die Buchstadt Nummer Zwei in der Welt. Da passt also schon noch vieles sehr, sehr gut zusammen. Man darf sich deshalb durch die Feststellung, dass im Gründerzentrum in Unterföhring nun die Auslastung auf 65 Prozent gefallen ist, nicht deprimieren lassen. Ich bin mir da ganz sicher, dass das nur ein vorübergehender Zustand ist, der sich hoffentlich bald normalisieren wird.

**Kaiser:** Es sind aber auch noch andere prominente Branchen und Aushängeschilder betroffen wie z. B. der Flugzeugbau außerhalb von München im Raum Oberbayern. Auch da schaut es sehr schwierig aus: Es wird da zurzeit an Nachfolgelösungen gebastelt. Welche Hoffungen und Chancen rechnen Sie sich hier aus?

**Dörfler:** Wenn Sie Fairchild-Dornier meinen sollten, dann muss man erst noch sehen, was dort an Auffanglösungen geboten werden kann. Es ist ja nicht so, dass keine Gespräche mehr laufen. Ob die aber Erfolg haben werden, müssten Sie z. B. den Wirtschaftsminister fragen, der in fast alle diese Gespräche mit eingebunden ist. Aber auch dazu möchte ich sagen, dass der Standort München bzw. Oberbayern mehr als nur Fairchild-Dornier ist. Wenn Sie nach Oberpfaffenhofen hinausfahren, dann werden Sie eine Vielzahl von Firmen entdecken, die sich dort angesiedelt haben. Auch in Ottobrunn z. B. gibt es namhafte Firmen, die in einem verwandten Business tätig sind, dabei aber nicht so im Vordergrund stehen. Diesen Firmen geht es mehr oder weniger gut. Auch sie haben sicherlich in der gegenwärtigen Phase ihre Probleme, aber es muss einfach klar festgestellt werden, dass der Standort eben mehr als nur Fairchild-Dornier ist. Das ist das Signal und deswegen möge man doch bitte ein wenig genauer hinschauen und dann auch anerkennen, dass hier in Oberbayern und auch in ganz Bayern nach wie vor eine sehr lebendige Luft- und Raumfahrtindustrie mit allem, was dazugehört, zu Hause ist.

**Kaiser:** Aber die Umbrüche, die wir im Moment in München und Umgebung sehen, sind schon gewaltig. München ist natürlich auch eine Versicherungs- und Finanzstadt: nach Frankfurt auf alle Fälle die zweitgrößte in Deutschland. Auch hier sehen wir ja zurzeit gravierende Veränderungen.

**Dörfler:** Ja, das ist so. Die ganze Bankenlandschaft in Deutschland ist im Umbruch. München ist ja Bankenplatz Nummer Zwei in Deutschland. Manche sagen sogar, München sei als Finanzplatz mittlerweile sogar unmittelbar neben Frankfurt Nummer Eins geworden. Wir erleben zurzeit in der Landschaft der privaten Banken, aber auch bei den Sparkassen und den Genossenschaftsbanken eine sehr starke Phase der Konsolidierung, der Marktberreinigung. Die Banken entdecken, dass sie in der Vergangenheit im normalen Geschäft Kreditrisiken auf sich nehmen mussten: Das ist freilich

nichts Ehrenrühriges, aber diese Kreditrisiken wirken sich eben nun in der Phase der Krise recht negativ aus, weil bestimmte Kredite nicht mehr bedient werden können. Die Marge dessen, was deutsche Banken insgesamt verdienen, ist relativ gering. Wenn man das mal mit Werten aus Frankreich, Großbritannien oder den USA vergleicht, dann stellt man fest, dass wir hier fast schon so etwas wie einen Kaufschutz aufgebaut haben: Weil deutsche Banken so schlecht verdienen, sind sie momentan relativ sicher vor Übernahmen. Die Marktkapitalisierung der Banken hat also sicherlich nachgelassen. Aber die Banken müssen nun daran arbeiten, dass der Gewinn in Zukunft auf einer höheren Marge liegt. Im Hinblick auf die Versicherungen ist natürlich klar, dass der 11. September 2001 und all die Dinge, die danach passiert sind - wie z. B. die Hochwasserschäden, die nun zu bedienen sind -, diese Branche nicht ungeschoren gelassen haben.

**Kaiser:** Im Umbruch, sagt man, auch wenn das immer ein wenig abgedroschen klingt, liegen natürlich auch viele Chancen. Wo sehen Sie also die künftigen Chancen für München und für die Region und natürlich auch hinsichtlich der Strahlwirkung dieses Standorts für ganz Bayern?

**Dörfler:** Das sind im Kern immer noch die Branchen, die in den letzten Jahren München zu dieser Boom-Town gemacht haben. Es ist ja nicht so, dass IT heute nicht mehr stattfinden würde. Stattdessen ist es so, dass die Firmen, seien das nun kleine, große oder mittelständische Firmen, nach wie vor im Bereich der EDV- und Informationstechnologie investieren müssen. Denn ohne das geht es einfach nicht mehr. Momentan findet das allerdings eher so ein bisschen auf reduziertem Niveau statt. Dennoch wird auch hier in Zukunft investiert werden. Was wir zurzeit erleben ist nun mal eine Marktberreinigung: Es verschwinden viele Firmen vom Markt, die sich mit ihrem Geschäftsmodell nicht durchgesetzt haben, weil sie entweder keine Kunden bekommen haben oder weil ein Mitbewerber die besseren Karten hatte. Dies gilt auch für die Biotechnologie. Dort wird momentan heftig über das Thema geredet, wie man die Firmen und vor allem das Wachstum der Firmen finanzieren kann. Dort gibt es jedoch das Phänomen, dass Finanzierungen sehr langfristig wirken müssen, weil dort die Produkte erst nach vielen Jahren marktreif sind. Das heißt, in dieser Branche geht es um das Thema Finanzierung und um das Thema Fusionen, damit Entwicklungs- und Finanzpotentiale zusammengelegt werden können. Aber auch diese Branche bleibt eine Branche, die eine Zukunftstechnologie darstellt. Deswegen glaube ich auch, dass wir über einen Wechsel der Branchen gar nicht reden müssen. Stattdessen müssen wir darüber reden, wie die Branchen, die München in den letzten Jahren an diese Stelle gebracht haben, in Zukunft erneut diese Schrittmacherfunktion leisten können.

**Kaiser:** Gerade bei Biotechnologie-, Medien- und IT-Unternehmen hatte es in den vergangenen Jahren ja auf dem Neuen Markt geradezu eine Jubelparty gegeben. Ist das heute nun der Katzenjammer, nachdem man vorher, um das mal ein wenig salopp auszudrücken, doch einen ordentlichen Schluck aus der Champagnerpulle nehmen konnte?

**Dörfler:** Ja, das ist das gleiche Stichwort wie soeben: Marktberreinigung. Wir hatten halt das Phänomen, dass vor allem junge Leute zwar mit sehr viel Enthusiasmus, aber eben auch mit nicht immer völlig funktionierenden Geschäftsmodellen, die von Banken oder auch von anderen Beratern nicht so kritisch unter die Lupe genommen worden sind, wie das eigentlich der Fall hätte sein müssen, auf den Markt gegangen sind. Diese Firmen müssen heute erleben, dass sich das Ganze nicht trägt. Dort erleben wir also eine Bereinigung des Marktes momentan und das macht auch diese Delle aus, die wir zurzeit haben. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich das irgendwann auch wieder normalisieren wird.

**Kaiser:** Damit stellt sich natürlich auch die Frage nach der künftigen Finanzierung.

Man war ja in der Boomphase des Neuen Marktes ganz offensichtlich bereit, für alles Geld zu geben: Auch Kleinanleger hatten in den vergangenen Jahren sehr viel Geld in Biotechnologie- oder Medienunternehmen usw. investiert. Dieser Markt scheint ja jetzt sehr stark verstopft zu sein. Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es nun weiterhin, um die Branche, wenn sie diese Konsolidierungsphase durchlaufen hat, wieder auf Vordermann zu bringen? Man muss ja hinsichtlich der Investitionen wirklich langfristig denken: Wenn das so ist, dann braucht man natürlich auch langfristige Kapitalgeber.

**Dörfler:** Dabei darf man natürlich nicht nur über Firmen sprechen, die an die Börse gegangen sind. Denn das ist ja ein Segment, das aufgrund seiner Eingangsvoraussetzungen nur relativ klein gewesen ist. Nein, wir müssen in dem Fall über die Finanzierungsprobleme der mittelständischen Wirtschaft insgesamt sprechen. Dort gibt es eben das Phänomen, dass die Eigenkapitaldecke des Mittelstandes in Deutschland sehr, sehr gering ist. Wir sprechen hier von ungefähr zehn bis fünfzehn Prozent Eigenkapital. Das ist im internationalen Maßstab allerdings viel zu wenig. Wenn Sie meinetwegen nach Großbritannien oder in die USA schauen, dann werden Sie feststellen, dass es dort Eigenkapitalquoten von 40, 50 Prozent gibt. Das deutsche Steuerrecht hat in den letzten 40 Jahren die Eigenkapitalbildung in solchen mittelständischen Personengesellschaften oder Ein-Personen-Firmen nicht unbedingt gefördert. An diesem Thema muss die Politik gleich welcher Couleur in nächster Zeit arbeiten, damit wir, auch vor dem Hintergrund der verschärften Bonitätsprüfung – Stichwort "Basel II" –, mehr Eigenkapital in diese Firmen bekommen. Dies geht nämlich in die Bonitätsbewertung mit ein. Und wenn man eben eine Firma ist, die nur zehn Prozent Eigenkapital hat, dann ist der Schluss eben nahe liegend, dass einem die Bank sagt, "Diesen Auftrag mit einem Volumen von mehreren Millionen Euro werden wir Ihnen nicht mehr finanzieren, weil die Bonität nicht gewährleistet ist". Das ist also ein ganz wichtiges Thema.

**Kaiser:** Welche Veränderungen muss es denn konkret geben, damit der Unternehmer seine Eigenkapitalquote stärken kann?

**Dörfler:** Es geht darum, dass man z. B. die steuerbefreite Rücklagenbildung erleichtern muss. Vorstellbar wäre auch, dass z. B. Altersversorgungslasten aus unbesteuerterem Geld, also aus entsprechender Rücklagenbildung, finanziert werden können. Das, was man in den GmbHs und in den Aktiengesellschaften heute schon machen kann, sollte man also auch ein Stück auf die Personengesellschaften übertragen: Dort muss ja momentan im Prinzip alles versteuert werden. Dies führt daher zu dem Phänomen, das ich soeben beschrieben habe.

**Kaiser:** Spielen Sie damit darauf an, was ja auch in der Politik in der letzten Zeit öfter mal beklagt wird, dass nämlich die Großkonzerne bevorzugt werden, während der Mittelstand noch mit all diesen Lasten zu kämpfen hat?

**Dörfler:** Na ja, bei dieser Diskussion hinsichtlich der Körperschaftssteuer und vor allem bei der Steuerreform geht es natürlich um die Frage, ob die Großen dabei besser wegkommen als die Kleinen. Darauf muss man meiner Meinung nach aber eine sehr differenzierte Antwort geben. Wenn man sich die durchschnittliche Steuerlast von mittelständischen Unternehmen ansieht, dann darf man dabei ja nicht nur auf die momentan noch gültigen 48,5 Prozent sehen, sondern muss realistischere mit berücksichtigen, dass die durchschnittliche Belastung anderswo bei 25 oder 30 Prozent liegt. Bei Kapitalgesellschaften z. B. liegt diese Rate heutzutage aufgrund der Körperschaftssteuer bei 25 Prozent und ab dem nächsten Jahr bei 26,5 Prozent. Hinzu kommt dann allerdings noch die Gewerbesteuer. Hier muss man sich also die Dinge doch genauer anschauen. Man muss hier aber auch die Seite der Anteilseigner mit einbeziehen. Die Erhöhung dieser Körperschaftssteuer auf 26,5 Prozent bedeutet nämlich Folgendes. Wenn

man hier die Ebene der Firma und der Anteilseigner mit einbezieht, dann bedeutet das, dass wir nach wie vor eine Körperschaftssteuerbelastung von deutlich über 50 Prozent haben. Dies lässt die Steuerreform in ihren Auswirkungen auf die Kapitalgesellschaften doch in einem etwas anderen Licht erscheinen, als uns Politiker zuweilen zu erzählen versuchen. Bei den Mittelständlern bzw. bei den Personengesellschaften gibt es eben das bereits angesprochene Problem der Eigenkapitalbildung. Hier kommt verschärfend hinzu, dass bestimmte Belastungen durch die Steuerreform wie z. B. die verschärften Abschreibungsbedingungen bereits heute getragen werden müssen, während die erhoffte Entlastung erst in der nächsten und letzten Stufe der Steuerreform im Jahr 2005 kommen soll. Das heißt, das ist doch ein sehr vielschichtiges Thema mit sehr unterschiedlichen Antworten. Es kommt dabei eben immer darauf an, worauf genau man nun gerade seinen Blick richtet.

**Kaiser:** Wenn ich das unter dem Strich mal zusammenfassen darf, dann heißt das, dass diese langjährigen Forderungen vor allem der Wirtschaft, die Steuern deutlich herabzusetzen und gleichzeitig auch die Lohnnebenkosten deutlich zu senken, damit wieder stärker investiert wird, im Moment nicht erfüllt werden. Es wird also doch noch eine geraume Zeit dauern, bis das alles wirklich in die Realität umgesetzt werden wird.

**Dörfler:** Das ist in der Tat der entscheidende Punkt. Wir dürfen einfach nicht immer nur auf die Steuern schauen. Stattdessen müssen wir eben die Abgabenlast insgesamt betrachten. Hier spielt natürlich vor allem die Frage der Lohnzusatzkosten eine ganz, ganz gravierende Rolle. Sie wissen, dass in der Politik die Diskussion dabei immer um die Frage geht, ob es uns jetzt und vor allem in den nächsten Jahren, wenn die demographischen Verwerfungen bei uns spürbar werden, gelingen wird, diese Abgabenquote unter 40 Prozent zu halten. Hier ist nämlich tatsächlich eine wirkliche Kostendynamik verborgen. Wenn hier z. B. der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte steigt, wie das ja jetzt beschlossen wurde, dann bedeutet das für die Wirtschaft eine Mehrbelastung. Dies gilt aber auch für die Arbeitnehmer, weil das ja jeweils zur Hälfte finanziert wird. Diese Steigerung von 0,4 Prozentpunkten bedeutet jedenfalls eine Mehrbelastung von 4 Milliarden Euro. Wenn man das nun wiederum zu den Entlastungsvolumina ins Verhältnis setzt, über die wir hinsichtlich der Steuerreform in all ihren verschiedenen Stufen gesprochen haben, dann entdeckt man, dass das wirklich sehr viel Geld ist. Wir haben in diesem Bereich also bei weitem noch nicht den Punkt erreicht, an dem wir sagen könnten, wir hätten die Probleme einer älter werdenden Gesellschaft mit wachsenden medizinischen Möglichkeiten und Ansprüchen bereits gelöst. Wir haben nach meiner festen Überzeugung auch im Bereich der Rentenversicherung die Probleme noch nicht so im Griff, dass wir davon ausgehen könnten, dass in absehbarer Zeit die Beitragssätze nicht wieder deutlich steigen werden. Das geht natürlich alles in die Abgabenquote mit ein und belastet die Arbeitnehmer, d. h. entzieht ihnen Kaufkraft, und belastet über die Lohnzusatzkosten natürlich auch die Arbeitgeber.

**Kaiser:** Da klingt schon auch ein bisschen Kritik an der Politik durch, indem Sie sagen, dass es zwar möglicherweise eine kurzfristige Lösung gibt, die von dem entsprechenden Politikern auch sehr gut verkauft werden kann, aber eine langfristige Perspektive bisher immer noch fehlt.

**Dörfler:** Ich bin davon überzeugt, dass alle Parteien und alle Politiker wissen, was die Stunde geschlagen hat. Das weiß man dort genau und es gibt ja auch Gutachten in Hülle und Fülle. Es gibt ganz klare Prognosen und entsprechende Hochrechnungen. Ich habe ja selbst schon mal an so einer Prognose mitgearbeitet. Wir wissen z. B. Folgendes: Wenn man das Ausgabeverhalten der Menschen auf die demographische Achse legt, dann

stellt man fest, dass wir alleine bei der gesetzlichen Krankenversicherung bei Beitragssätzen von deutlich über 20 Prozent landen werden. Wie gesagt, momentan sind wir bei 14 Prozent im Bundesdurchschnitt. Die Politik weiß das selbstverständlich: Im Parlament sitzen ja keine dummen Leute, die nicht registrieren würden, was alles an Fachartikeln und Gutachten geschrieben wird. Was allerdings klar fehlt, ist der Mut, unserer Bevölkerung deutlich zu sagen, dass wir hier zu Veränderungen kommen müssen. Denn ansonsten wird das soziale Sicherungssystem in Deutschland irgendwann kollabieren. Diesen Zeitpunkt hat man aber relativ weit hinausgeschoben.

**Kaiser:** Dass man diesen Zeitpunkt so lange hinausgeschoben hat, zeigt ja auch, wie schwer sich die Parteien, egal welcher Couleur, tun, sich hier auf langfristige Konzepte zu einigen. Der Reformstau – das ist ja das Schlagwort dafür – wird auch immer als Begründung dafür verwendet, dass sich die Unternehmer hinsichtlich ihrer Investitionen zurückhalten.

**Dörfler:** Zunächst einmal ist es doch so, dass ein Unternehmer vernünftigerweise nur dann Investitionen tätigt, wenn er einen entsprechenden Markt hat, wenn er also entweder aus dem Ausland oder aus dem Inland die entsprechende Nachfrage hat. Wir haben zwar in diesem Jahr noch eine Steigerung des Exports: In den letzten Jahren hatten wir hier bundesweit und dabei insbesondere in Bayern insgesamt sehr schöne Steigerungsraten. Wenn man das Ganze über einen noch längeren Zeitraum betrachtet, dann hatten wir hier sogar noch imposantere Steigerungsraten. Aber wir erleben nun doch im zweiten Jahr das Phänomen – in Einzelhandel haben wir dieses Phänomen allerdings bereits seit sieben Jahren –, dass wir es andererseits mit einer stagnierenden Binnennachfrage zu tun haben. Aus diesem Grund ist natürlich klar, dass die Unternehmer zuerst einmal darauf achten, ob sich eine Investition auch wirklich lohnt und ob sie dieses Geld auch irgendwann wieder erwirtschaften können. Denn es wird ja nicht um der Investition selbst willen investiert, sondern um damit einen Markt bedienen zu können. Daran fehlt es aber momentan. Wenn sich das nicht ändert, dann werden wir noch lange auf wachsende Investitionen warten müssen. Im ersten Vierteljahr 2002 hatten wir einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um über 13 Prozent. Im zweiten Quartal hat sich das dann in etwas abgemilderter Form fortgesetzt. Das heißt, die Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen würden, sind momentan das entscheidende Thema, das hier in Deutschland aber nicht befriedigend geregelt werden kann. Wichtig ist in diesem Kontext eben, dass das übrige Umfeld auch stimmen muss. Zu diesem Umfeld gehören u. a. folgende Dinge: Es braucht einen Abbau der Bürokratie, denn die deutschen Unternehmen klagen zurecht darüber, dass sie heute mit einer Unzahl von Bestimmungen im Arbeitsrecht, im Umweltrecht, im Steuerrecht usw. behelligt werden, die fast nicht mehr nachvollziehbar sind. Sie beklagen sich darüber, dass sie einem rigide geregelten Arbeitsmarkt gegenüberstehen. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass sogar heute noch Unternehmer zu mir sagen, "Ich würde ja ganz gerne Leute einstellen, aber die Hürde, diese Leute dann auch wieder abbauen bzw. entlassen zu können, wenn es mal nicht mehr so gut läuft, ist mir einfach zu hoch und deswegen weiche ich momentan in Überstunden aus". Das geht so weit, dass Firmen Aufträge manchmal sogar ablehnen, weil sie sagen: "Wir können das mit dem derzeitigen Personal nicht bewältigen. Aber wir ersparen uns momentan die Einstellung von neuem Personal."

**Kaiser:** Das ist eigentlich eine sehr dramatische Entwicklung. Schauen wir uns doch mal das Umfeld ein wenig genauer an: Wenn man sich die Zinsen, also sowohl die Leitzinsen der Notenbanken wie auch die Kapitalmarktzinsen, die für die Finanzierung von Investitionen ja ausschlaggebend sind, ansieht, dann muss man ganz klar feststellen, dass das Investitionsumfeld von dieser Seite her eigentlich ganz gut wäre. Es hat ja zu Beginn der neunziger

Jahre, also kurz nach der Wiedervereinigung, auch schon mal Phasen gegeben, in denen das Zinsniveau deutlich höher gelegen hat. Dennoch wurde damals investiert und investiert. Wahrscheinlich wohl auch deswegen, weil man eben aufgrund der Wiedervereinigung Marktchancen gesehen hat.

**Dörfler:** Ja, natürlich, da haben Sie völlig Recht. Das Zinsniveau ist momentan so, dass es eigentlich Investitionen fördern müsste. Nun gibt es hier aber einerseits die Frage der Bonität der Unternehmen: Was können die Unternehmen an Krediten noch vertragen? Hier sind in der Tat alle Banken sehr viel zurückhaltender geworden als noch in den vergangenen Jahren. Das zweite Thema hierbei sind die Marktchancen. Wenn man für die eigenen Produkte keinen Markt hat, wenn man feststellt, dass die Konsumneigung nicht vorhanden ist, dann investiert man eben nicht. Das ist die Situation, die wir momentan erleben.

**Kaiser:** Das ist doch ein ziemlicher Gordischer Knoten, den man hier durchschlagen müsste. Die Banken sind bei der Kreditvergabe restriktiv, der Konsument ist bei der Nachfrage sehr zurückhaltend, was dazu führt, dass der Unternehmer bei seinen Investitionen genauso zurückhaltend ist. Welche Ansätze gibt es denn, um diesen Knoten entweder zerschlagen zu können – aber auf einen Schlag wird das vermutlich eh nicht gehen – oder doch zumindest langsam auseinander zu nehmen?

**Dörfler:** Es gibt leider Dinge, die die Sache noch mehr komplizieren. Wir erleben momentan sowohl auf der Bundesebene wie auch in Bayern, hier allerdings auf einem ganz anderen Niveau, dass die Investitionsquoten zurückgehen. Der Bund hat seine Investitionen im laufenden Haushalt von zwölf auf knapp über zehn Prozent zurückgefahren. Den Kommunen geht es momentan auch gar nicht gut: Das Stichwort lautet hier "Gewerbesteuerausfälle". Es ist also so, dass zurzeit ein wichtiger Teil der öffentlichen Auftraggeber ausfällt. Dies betrifft natürlich wiederum vor allem die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk. Denn da gibt es doch sehr viele Unternehmen, die auch von öffentlichen Aufträgen leben. Das heißt, dieser Gordische Knoten ist eigentlich noch sehr viel größer, wenn man weitere Facetten mit hinzunimmt. Ich glaube nicht, dass es Politik überhaupt leisten kann, nun mit einem Schlag alle Probleme zu lösen. Es muss stattdessen Schritt für Schritt darum gehen, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Meiner Überzeugung nach müssen wir z. B. den Arbeitsmarkt gründlich flexibilisieren. Es kann nicht sein, dass heute ein Unternehmer immer gleich mit dem Gesetzbuch unter dem Arm oder mit dem Anwalt an der Hand überlegen muss, ob er jemanden einstellen kann oder nicht. Wir müssen darüber hinaus entbürokratisieren: Wir müssen wirklich endlich Ernst machen mit dem Thema, Unternehmer von solchen Hand- und Spanndiensten zugunsten des Staates zu entlasten. Wir müssen aber auch an der Steuerreform weiterarbeiten und wir müssen versuchen, bei den Personengesellschaften die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Es gibt also viele, viele Bereiche, in denen wir anfangen müssten, die richtigen Schritte zu gehen. Das reicht natürlich auch hin bis zu den sozialen Sicherungssystemen, wo wir in Zukunft wirklich zu klaren Reformen kommen müssen. Denn ich darf noch einmal an diesen entscheidenden Punkt erinnern: Wir stehen eigentlich erst am Vorabend der Probleme. Wir wissen aus sämtlichen Berichten ganz genau - hier könnten Sie die Berichte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nehmen oder Gutachten von Bevölkerungswissenschaftlern usw. –, dass wir am Vorabend ganz starker demographischer Verwerfungen stehen mit einem geradezu drastischen Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen in den nächsten 30, 40 Jahren. Dieses Problem fängt also heute bereits an und wird sich in den nächsten Jahren noch potenzieren. Dies schafft natürlich enorme Probleme in der sozialen Infrastruktur, wo es plötzlich ganz andere Wege geben wird. Dies wird einschneidende Konsequenzen auch für die

umlagefinanzierten Systeme geben wie die Pflegeversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung.

**Kaiser:** Die klare Aussage lautet also: Der Kostenfaktor muss generell runter. Im Moment kommt ja noch das Problem hinzu, dass sich auch die Weltkonjunktur auf einem recht zittrigen Pfad befindet. Würde denn ein Anziehen der Weltkonjunktur der Exportnation Deutschland und damit auch den einzelnen Bundesländern – man denke nur einmal an die großen Automobilkonzerne, die hier bei uns in Bayern ansässig sind – dabei helfen, diese Probleme schneller anpacken zu können?

**Dörfler:** Natürlich ist das so. Sie haben ja soeben auch Bayern angesprochen: Ich darf noch einmal daran erinnern, dass der Handelspartner Nummer Eins für Bayern die USA sind. Demgegenüber ist es ja so, dass die gesamte Bundesrepublik Deutschland Frankreich zum Handelspartner Nummer Eins hat. Wir sind also von dem, was sich in den USA tut, schon noch ein bisschen mehr betroffen. Natürlich muss der Außenhandel, muss der Export dazu beitragen und kann der Export auch dazu beitragen, dass wir wieder mehr Arbeitnehmer in die Wirtschaft integrieren können, dass also die Arbeitslosenrate sinkt usw. Eine Exportsteigerung kann diesen Prozess also durchaus befördern. Aber wir müssen dabei doch auch unbedingt unsere Hausaufgaben auf internem Gebiet machen: Wir müssen unsere eigenen Probleme schon selbst lösen. Denn wir können uns einfach nicht darauf verlassen, dass wir lediglich über den Export unsere Probleme in den Griff bekommen. Das würde nämlich eine zu starke Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt bedeuten: Daran hat selbstverständlich niemand ein Interesse.

**Kaiser:** Eine gute Exportquote darf also nicht dazu verleiten, dass man den Binnenmarkt aus dem Auge verliert.

**Dörfler:** Genau.

**Kaiser:** Sie haben vorhin schon die Kommunen als großen Auftraggeber für die regionale Wirtschaft, für kleine und mittelständische Unternehmer erwähnt. Die Gewerbesteuer ausfälle schmerzen die Kommunen natürlich schon sehr: Aus diesem Grund wird in vielen größeren Städten zurzeit ein Haushaltsstopp beschlossen und das eine oder andere Projekt wird entweder ganz gestoppt oder vielleicht nicht in der ursprünglich geplanten Größenordnung durchgeführt. Die Wirtschaft steht hier ja so ein bisschen in Auseinandersetzung mit der Politik. Es gibt nämlich einen Streit bei diesem Thema. Die Stadt München z. B. beklagt sich darüber, dass die großen Unternehmen überhaupt keine Steuern mehr abführen. Die großen Firmen spielen diesen Ball jedoch wieder zurück und sagen, dass die Kommunen selbst schuld seien. Wie stellt sich denn für Sie hier die Sachlage dar?

**Dörfler:** Es zeigt sich jetzt ganz einfach, dass das, was wir schon seit Jahren fordern, sehr akut geworden ist. Seit Jahren fordern wir nämlich eine Reform der Gewerbesteuer, eine Reform der Kommunalfinanzen auf dem Gebiet der Gewerbesteuer. Diese Reform muss jetzt wirklich kommen! Es war allerdings so, dass in den Jahren 1999 und 2000 die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen einen historischen Höchststand erreicht hatten. In dieser Zeit hat man natürlich seitens der Städte die Notwendigkeit einer solchen Reform nicht unbedingt betont.

**Kaiser:** Das ist klar, da hat man sich gedacht, warum man sich diesen schönen Geldhahn zudrehen sollte.

**Dörfler:** Heute haben wir jedoch das Problem, dass für die Kommunen vor allem wegen der aus verschiedenen Gründen vorhandenen schlechten Ertragslage gerade der großen Unternehmen die Gewerbesteuereinnahmen deutlich einbrechen. Wobei man aber auch hier

die Kirche schon im Dorf lassen muss. Es gibt nämlich ein durchaus unterschiedliches Maß der Betroffenheit von solchen Ausfällen bei der Gewerbesteuer. Während das in München noch halbwegs vernünftig abläuft - hier sprechen wir von ungefähr zehn bis zwölf Prozent Ausfall in diesem Jahr – gibt es andere Kommunen, in denen die Gewerbesteuereinnahmen um 30, 40, 50 Prozent und mehr wegbrechen. Das sind eben diejenigen Kommunen, in denen es nur eine einzige große Firma gibt, die im Wesentlichen für diese Gewerbesteuereinnahmen verantwortlich ist. Wenn ich beim Münchner Beispiel bleiben darf: Hier bringen rund 300 Firmen an die 85 Prozent der Gewerbesteuer auf. Es ist ganz klar, dass wir hier zu einer Reform kommen müssen. Dies hat die Politik aufgegriffen, denn zurzeit tagt ja auch diese Kommission, die sich mit den verschiedenen Modellen befasst. Diese Modelle werden zurzeit alle durchgerechnet. Es wird darüber diskutiert, ob die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage ausgesetzt wird, um auf diese Weise den Kommunen wieder Geld zukommen zu lassen, das ihnen ja im Zuge der Steuerreform bis zum Jahr 2005 sukzessive ansteigend weggenommen werden wird. In diese Sache ist also momentan durchaus Bewegung gekommen. Nach unserer Überzeugung ist es jedenfalls dringend notwendig, hier zu einer vernünftigeren Lösung zu kommen, zu einer Lösung also, die die Städte von den konjunkturellen Schwankungen abkoppelt. Dies hat eben etwas damit zu tun, dass die Investitionskraft der Städte wiederum ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft ist. Deswegen brauchen wir hier vernünftige Verhältnisse.

**Kaiser:** Man muss hier miteinander arbeiten, denn sonst funktioniert die Sache aufgrund unserer vorhandenen Struktur auf keinen Fall. Sie haben es soeben schon angedeutet: Die großen Unternehmen zahlen im Moment keine Gewerbesteuer, aber viele kleine und mittelständische Unternehmen bezahlen sehr wohl noch. Sie als IHK vertreten natürlich die ganze Bandbreite dieser Firmen: Das reicht vom weltweiten Industriekonzern bis hin zum regionalen Bauanbieter. Gibt es denn bei diesem Thema nicht auch Diskussionen innerhalb der Unternehmerschaft, eine Diskussion zwischen Groß und Klein?

**Dörfler:** Ja, natürlich gibt es darüber auch Diskussionen. Ich möchte hier aber auch in Erinnerung rufen, dass gerade große Betriebe hier in München, die in der letzten Zeit fast schon ein wenig an den Pranger gestellt worden sind, weil sie zurzeit keine Gewerbesteuer zahlen, in der Vergangenheit ja zweifellos sehr, sehr gute Gewerbesteuerzahler waren. Man darf nicht vergessen, dass hier viele, viele Millionen gezahlt worden sind, Millionen, die halt momentan ausbleiben, weil das die Ertragslage aufgrund der Verluste nicht mehr hergibt. Über die Gründe, warum das so ist, könnte man nun lange und ausführlich streiten. Es ist jedenfalls so, dass die letzte Steuerreform hier ebenfalls ihre Auswirkungen hatte, weil momentan z. B. auch Körperschaftssteuerguthaben abgerufen werden. Ich darf daran erinnern, dass wir in diesem und im letzten Jahr eine Körperschaftsteuer von weniger als Null hatten: Das heißt, es musste mehr Körperschaftsteuer ausbezahlt werden als eingenommen wurde. Hier hängt wirklich vieles miteinander zusammen. Durchaus gute Körperschafts- und Gewerbesteuerzahler befinden sich nun einmal momentan in der Flaute, das ist einfach so. Es gibt da aber, da haben Sie Recht, durchaus eine gewisse Diskussion bei uns. Da gibt es gut verdienende Mittelständler mit einem sicheren Markt bzw. einem sehr guten Produkt, mit dem sie auf dem In- und Auslandsmarkt erfolgreich sind. Diese Leute sagen: "Ich sehe nicht ein, warum ich zigtausend Euro Gewerbesteuer zahlen muss, während ich weiß, dass ein großer Konzern auf diesem Gebiet zurzeit überhaupt nichts bezahlt!" Hier gibt es durchaus Diskussionen und das schafft auch Ressentiments und vielleicht auch ein bisschen Neidgefühle. Aber hier muss man meines Erachtens argumentativ doch darauf hinwirken, dass die

Verhältnisse wirklich korrekt dargestellt werden.

**Kaiser:** Ich kann mir vorstellen, dass man als Hauptgeschäftsführer einer so großen Industrie- und Handelskammer wie der für München und Oberbayern auf diesem Gebiet zuweilen den Spagat üben muss bzw. die tägliche Arbeit doch so ein wenig an die Quadratur des Kreises erinnert, weil Sie ganz einfach die Interessen ausgleichen müssen.

**Dörfler:** Das ist ein gewisses Problem. Das Industrie- und Handelskammergesetz spricht in diesem Fall immer vom Gesamtinteresse der Wirtschaft. Das heißt natürlich, dass man zwischen den einzelnen Branchen einen Ausgleich schaffen muss, dass man aber auch versuchen muss, innerhalb der Branchen einen Ausgleich herzustellen. Wenn Sie sich mal den Einzelhandelsbereich ansehen, dann werden Sie feststellen, dass man es hier mit einer sehr, sehr heterogenen Struktur zu tun hat. Das heißt, es gibt hier sowohl kleine bis sehr kleine Einzelhandelsgeschäfte, aber auch Cash-and-carry-Märkte und große Warenhäuser, es gibt hier einerseits Geschäfte in der Innenstadt wie andererseits auch an der Peripherie. Hier ist die Artikulation bzw. das Vertreten von gemeinsamen Interessen manchmal schon recht schwierig und sehr kompliziert. Nehmen Sie als halbaktuelles Beispiel nur mal die Diskussion um den Ladenschluss. Ich möchte jedoch ein Stück weit weg kommen von diesem meiner Überzeugung nach künstlichen Gegensatz zwischen den Großen und den Kleinen, den Sie vorhin angesprochen haben. Denn man muss ja doch auch Folgendes sehen. Ein großer deutscher Elektrikkonzern hat, wie ich von einem Mitglied unseres Präsidiums erfahren haben, 80000 kleine und mittelständische Zulieferer. Das heißt, man sollte hier keinesfalls einen künstlichen Gegensatz konstruieren. Denn die Großen hängen eben auch von ihrer klein- und mittelständischen Zuliefererszene ab. Diese Szene hängt natürlich wiederum von diesem großen Konzern ab. Man muss also sehr wohl beachten, dass man hier über eine Gesamtheit von Unternehmen spricht, die letztlich auch gemeinsame Interessen haben.

**Kaiser:** Es gibt da ein Problem, das vor einiger Zeit auch mal eine Weile recht heftig in den Zeitungen diskutiert worden ist: Es gibt nämlich Unternehmer in der IHK, die sich gegen die Pflichtmitgliedschaft wehren: Sie sagen, das sei eine Zwangsmitgliedschaft. Darüber gab es heftige Diskussionen innerhalb der IHK. Gibt es denn eigentlich eine Lösung für dieses Problem?

**Dörfler:** Ich möchte zuerst einmal feststellen, dass die Diskussion darüber in der letzten Zeit sehr, sehr viel ruhiger geworden ist. Sie wissen ja vielleicht, dass im letzten Jahr das Bundesverfassungsgericht aufgrund einiger – ich glaube, es waren 20 oder 21 Klagen – Verfassungsbeschwerden entschieden hat, dass die Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern verfassungsgemäß ist und keinen Widerspruch zu den in Frage kommenden Grundrechtsartikeln darstellt. Seit dieser Zeit stellen wir in ganz Deutschland eine ziemliche Beruhigung der Szene fest. Im Übrigen war diese Szene in München ohnehin nie sehr ausgeprägt. Dort hatten wir nie diese Schwierigkeiten, wie das in anderen Gegenden Deutschlands der Fall gewesen ist. Es gibt also diese Diskussion, aber ich sage in solchen Fällen immer: "Bitte, schaut euch genau an, was Industrie- und Handelskammern tun, was sie für die allgemeine Wirtschaft tun, dann werdet Ihr entdecken, dass ein solches System eigentlich unglaublich effektiv arbeitet." Denn ansonsten müsste man ja wieder viele, viele Aufgaben in staatliche oder kommunale Hände zurückgeben. Nein, das alles kann sinnvollerweise durch Selbstverwaltung und eine Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft sehr viel effizienter und praxisnäher erledigt werden als auf staatliche Weise.

**Kaiser:** Ihr Aufgabengebiet ist ja sehr vielseitig: Sie vertreten die Wirtschaft politisch, aber Sie machen auch sehr viele Serviceangebote für Firmen. Sie beraten bei Existenzgründungen oder bei Weiterfinanzierung. Die Ausbildung ist

auch ein ganz großes Thema bei Ihnen. Wie sehen denn diese Angebote im Einzelnen aus und wo liegt eigentlich Ihr Steckpferd als Hauptgeschäftsführer? Welchen Bereich möchten Sie also besonders voranbringen?

**Dörfler:**

Zunächst einmal muss man sagen, dass das, was eine Industrie- und Handelskammer tut, für jeden Marketing-Menschen ein Horror ist. Denn das Aufgabengebiet ist hier so vielfältig und weitgespannt, dass die öffentliche Darstellung und Bekanntmachung dessen, was wir tun, wirklich eine sehr komplexe und komplizierte Aufgabe ist. Im Grunde genommen kann man aber unsere Aufgabe schon in drei Segmente einteilen. Wir haben erstens ungefähr 50, 60 Aufgaben, die wir an Stelle des Staates erledigen. Ich nenne hier mal ein sehr prominentes und bekanntes Beispiel: Das ist die Organisation der beruflichen Bildung. Dies fängt damit an, dass wir Betriebe beraten, wie und zu welchen Konditionen sie ausbilden können, ob sie überhaupt ausbilden dürfen usw. Dies geht dann weiter und reicht hin bis zur Zusammenstellung von Prüfungsausschüssen, zur Erstellung von Prüfungsaufgaben, Abnahme der Zwischen- und Abschlussprüfung usw. Es ist also die gesamte Organisation der beruflichen Bildung in unsere Hände gelegt. Ich finde, dass diese Aufgabe bei uns auch gut aufgehoben ist. Wir bereiten auch die Ernennung und Bestellung von öffentlichen und vereidigten Sachverständigen vor usw. Es gibt also viele staatliche oder halbstaatliche Aufgaben, die man in unsere Hände gelegt hat. Der zweite Bereich ist das, was Sie vorhin angesprochen haben, das ist die Interessenvertretung. Wir sind natürlich auch aufgrund der Informationen, die wir aus der Unternehmerschaft bekommen, angehalten und auch gerne bereit dazu, deren Interessen an die Landespolitik, die Bundespolitik oder auch die europäische Politik heranzutragen. Wir machen uns z. B. Gedanken darüber, ob eine EU-Richtlinie auf diese oder auf eine andere Weise kommen sollte und wie sie umgesetzt werden sollte. Wir machen uns Gedanken darüber, wie meinetwegen ein bestimmtes Bundesgesetz auszusehen hat usw. Das ist also die Wahrnehmung der Interessen der Wirtschaft. Der dritte Bereich ist seit vielen Jahren ein ganz wichtiger Bereich geworden: Wir haben nämlich gegenüber den Unternehmen auch gewisse Serviceleistungen zu erbringen. Hier ist meinetwegen der Bereich der Weiterbildung zu nennen, wo wir jedes Jahr ungefähr 14000 bis 15000 Teilnehmer haben und circa 1000 Veranstaltungen durchführen. Hier ist aber auch meinetwegen die Beratung zu nennen, die wir auf dem Gebiet der Betriebsgründungen oder bei Fragen der Betriebsnachfolge geben. Bei den Existenzgründern oder Entrepreneurs, wie ich viel lieber sage, arbeiten wir mit der Stadt München zusammen: Wir haben da ein gemeinsames Büro, wo wir pro Jahr ungefähr 15000 Anrufe bekommen und etwa 2000 bis 3000 persönliche Gespräche mit Damen und Herren, die sich selbständig machen wollen, führen. Denn in so einem Fall gibt es ja immer eine ganze Reihe von Fragen zu klären: Da geht es meinetwegen um die richtige Rechtsform des Betriebs, um steuerrechtliche Fragen, um Fragen des Firmenrechts usw. Dabei beraten wir natürlich auch über Förderprogramme der öffentlichen Hand und wie das über das Hausbank abzuwickeln ist usw. Ein anderes Beispiel ist, dass wir auch ein Standortinformationssystem betreiben. Das ist übrigens ein Instrument, das die Landesregierung ganz offiziell einsetzt, wenn sie meinetwegen ausländische Investoren nach Bayern holen möchte.

**Kaiser:**

Hier arbeiten also alle Industrie- und Handelskammern aus den verschiedenen Regionen in Bayern zusammen.

**Dörfler:**

Ja, das ist ein Gemeinschaftsprojekt aller bayerischen Industrie- und Handelskammern.

**Kaiser:**

Ich finde das ein interessantes Thema, das Sie damit angesprochen haben. Sie sind z. B. gebürtiger Erlanger, ich bin gebürtiger Bamberger: Wir beide

stammen also aus Franken und in Franken heißt es doch immer so gerne, das ganze Geld würde nach München fließen, München würde ständig bevorzugt werden usw. Ich denke mal, dass Sie selbst das nicht so sehen. Dieses System der Standortinformation soll ja wohl auch mit dazu beitragen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung wirklich über Gesamtbayern erstreckt und sich nicht nur auf den Ballungsraum München konzentriert.

**Dörfler:** Das tut es auch. Zunächst einmal ist das wirklich ein Gemeinschaftsprojekt aller bayerischen Industrie- und Handelskammern. Wir werten natürlich auch aus, was dort an Anfragen an uns gerichtet wird. Dabei müssen wir zugegebenermaßen feststellen, dass nach der Region München am meisten gefragt wird. Aber gleich dahinter kommen dann schon die Regionen Regensburg und Unterfranken. Es gibt also in der Tat ein hohes Interesse der Investoren, sich auch dort niederzulassen. Das heißt, dass man keineswegs feststellen müsste, dass alles nach München ginge, während andere Landesteile hier regelmäßig zu kurz kämen. Nein, in Bayern gibt es auch ländliche Räume, die für Investoren durchaus interessant sind. Dieses Standortinformationssystem umfasst also die Gewerbeflächen von rund 1800 Gemeinden in Bayern mit 4500 Gewerbeflächen. Aus diesem Grund haben wir also schon ein sehr, sehr zutreffendes Bild, wer sich eigentlich interessiert und wo dann dieses Interesse hinfällt. Dieses System wird wirklich wunderbar genutzt: Dieses System im Internet wird nämlich pro Monat ungefähr 340000 Mal angeklickt. Darüber hinaus gibt es noch ungefähr 7000 bis 8000 Sitzungen. Das heißt, dieses System wird wirklich nachgefragt.

**Kaiser:** Es ist aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass es in Bayern und hier speziell im nördlichen Oberfranken an der Grenze zu Tschechien doch noch erhebliche Problemzonen gibt.

**Dörfler:** Ja, natürlich. Aber wenn Sie sich mal die Arbeitslosenzahlen ansehen, dann entdecken Sie, dass der Abstand zwischen Oberbayern und ganz Bayern deutlich kleiner ist, als der Abstand zwischen Bayern und dem gesamten Bundesgebiet. Wir reden – abgesehen von absoluten Ausreißern, denn es gibt in Bayern leider auch kleinere Gegenden, in denen die Arbeitslosenquote im zweistelligen Bereich liegt – auch in den schlechteren Gegenden Bayerns über eine Arbeitslosenrate, die im Bundesdurchschnitt oder sogar noch deutlich darunter liegt. Wir haben dort zugegebenermaßen spezifische Probleme wie z. B. die Tatsache, dass dort 40 Jahre lang die Welt zu Ende war. Wir haben z. B. aber auch das Problem, dass wir mittlerweile in Oberfranken etwa 100000 Einpendler aus Sachsen und Thüringen haben, die dort natürlich auf den Arbeitsmarkt drängen. Aber wir erleben es eben auch – und das zeigen im Übrigen auch ganz neutrale Studien, wie dieser Tage gerade erst wieder eine veröffentlicht worden ist –, dass sich solche Räume wie Nürnberg, die lange Zeit unter industriellen Altlasten gelitten haben, mittlerweile zu einem sehr starken Standort gemausert haben und in bundesweiten Rankings auf vorderen Plätzen landen. Solche Standorte haben sich also in jüngerer Zeit deutlich nach vorne gearbeitet. Wir erleben es z. B. auch, dass sich so ein Raum wie Aschaffenburg, der allerdings sehr stark in Richtung Frankfurt ausgerichtet ist, seit einiger Zeit sehr stark entwickelt. Nehmen Sie als anderes Beispiel meine Heimatstadt Erlangen: Dort haben wir es mit einer sehr kreativen und gut funktionierenden Medizintechnik zu tun. Dabei gibt es dort freilich nicht nur einige Großanbieter, sondern noch viele andere Firmen, die darum herum entstanden sind. Wir erleben aber auch, dass wir in ganz Bayern eine sehr leistungsstarke Wissenschaftslandschaft mit vielen, vielen Instituten haben.

**Kaiser:** Die IHK hat sich sehr stark dafür eingesetzt, dass in München-Fröttmaning ein neues Stadion gebaut wird. Nun wird dieses Stadion tatsächlich gebaut.

Wird denn die WM 2006 in München einen zusätzlichen Boom auslösen?

**Dörfler:** Wir haben dies sogar durch ein Gutachten untersuchen lassen und dabei feststellen können, dass das sowohl in der Bauphase wie auch in der Betriebsphase durchaus einige Tausend Arbeitsplätze schafft. Dieses Stadion wird auch insofern dem Standort weiterhelfen, als die Berichterstattung über die Weltmeisterschaft selbstverständlich auch immer das schöne München und das schöne Bayern zeigen wird. Dies wird also einen enormen Werbeeffekt für diesen Standort haben.

**Kaiser:** Vielen Dank, Herr Dörfler. Wir können nur hoffen, dass die WM 2006 dann auch für die deutsche Nationalmannschaft erfolgreich sein wird. Das war das Alpha-Forum mit unserem heutigen Studiogast Dr. Reinhard Dörfler, dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Einen schönen Tag noch.

**Dörfler:** Danke sehr.